

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 13

vom 8. April 2011

Redaktion: Katja Richardt

Norddeutsche Zusammenarbeit

Bremen und Hamburg ziehen an einem Strang 2

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Bauschäden am denkmalgeschützten Altbau machen Sicherungsmaßnahmen erforderlich 4

Verkehr

Sanierung des Elbtunnels nach Brandunfall 6

Bauprogramm für Straßen und Brücken im Hafen wird fortgesetzt 7

Schule, Jugend und Berufsbildung

Trotz Anmelderekord: Jedes Kind erhält einen Vorschulplatz 9

Soziales und Familie

Kita wieder bis zum 14. Geburtstag möglich 11

Gesundheit und Verbraucherschutz

Wenig Lebensmitteleinfuhren aus Japan erwartet – aber diese werden genau kontrolliert 12

Mehr Einfluss bei der Verteilung von Arztsitzen 14

Kultur

Behörde für Kultur und Medien startet mit „Music Works“ 15

Shemoves – Tanzcontest 2011 16

Zur Information

Terminkalender 18

8. April 2011/pr08

Bremen und Hamburg ziehen an einem Strang

Große Übereinstimmung konnten Bremens Bürgermeister Jens Böhrnsen und Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz heute beim ersten Besuch des neuen Ersten Bürgermeisters in Bremen feststellen. Ein wichtiges Thema war die Situation der Bahnverbindungen in Norddeutschland, insbesondere die „unmögliche Lage für die zahlreichen Pendler zwischen unseren beiden Hansestädten“ (Böhrnsen). Bremens Bürgermeister: „Es ärgert mich immer wieder, wenn auf unseren Strecken alte Züge und Waggon eingesetzt werden, weil sich die Bahn auf ihr Kernnetz konzentrieren möchte. Das ist falsch, die Bahn muss die Fläche ordentlich versorgen.“ Scholz und Böhrnsen werden das Thema nicht nur gegenüber der DB AG, sondern auch gegenüber Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) ansprechen, den sie zusammen mit den Regierungschefs von Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein am kommenden Freitag in Berlin treffen.

Im Gespräch mit Bundesminister Ramsauer werden auch die Projekte der so genannten Ahrensburger Liste weiter erörtert, also die Verkehrsprojekte, die die fünf norddeutschen Länder als prioritär für den Norden Deutschlands erachten und entsprechend gemeinsam gegenüber dem Bund vertreten. Jens Böhrnsen: „Hier geht es um die Infrastrukturprojekte, die für eine bessere Anbindung unserer Seehäfen unabdingbar sind. Es ist in diesem Zusammenhang nicht länger hinnehmbar, dass der Norden bei den Investitionen in den Schienen gegenüber anderen deutschen Regionen ganz elementar benachteiligt wird. Um es mit einer Zahl deutlich zu machen: Auf den Norden entfallen nur weniger als fünf Prozent aller Finanzierungsvereinbarungen für den Schienenausbau. Eigentlich müsste die dreifache Summe in den Norden fließen.“

Zu den wesentlichen Maßnahmen zur Stärkung der Seehafenanbindungen gehören die Erreichbarkeit des JadeWeserPorts und auch die so genannte Y-Trasse. Um mehr Güter auf die Schiene zu bekommen und hierfür auch die notwendige Akzeptanz zu erzielen, ist es aber notwendig, dass auch die Ansprüche der Bahnanwohner ernst genommen werden, betonten Scholz und Böhrnsen. Neben Lärmschutzwänden müsse dafür auch in modernes Wagenmaterial investiert werden.

Ein zentrales Thema des ersten Zusammentreffens der beiden Bürgermeister war die Zukunft der erneuerbaren Energien. In der kommenden Woche treffen die Regierungschefinnen und -chefs der Länder mit Bundeskanzlerin Angela Merkel zusammen, um über den Fortgang des Atomausstiegs zu beraten. Für Böhrnsen steht fest, dass die ältesten AKW einschließlich des AKW Unterweser nach dem Moratorium dauerhaft abgeschaltet bleiben müssen. Scholz: „Das gilt gleichermaßen für das besonders umstrittene AKW Krümmel, 15 km vor den Toren Hamburgs.“ Olaf Scholz machte deutlich, dass jetzt auch Hamburg gegen den Beschluss zur Laufzeitverlängerung beim Bundesverfassungsgericht vorgehen wird. Brandenburg, Berlin, Bremen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz hatten bereits Klage in Karlsruhe erhoben.

Parallel zum zügigen Atomausstieg (Böhrnsen: „Warum sollten wir uns nicht 2017 zutrauen“) muss laut Böhrnsen und Scholz der Bund mit Nachdruck und wirksam den zügigen Ausbau erneuerbarer Energien forcieren.

Bremen fordert für die Offshore-Windenergie in einem Antrag für die Bundesratssitzung am kommenden Freitag ein Programm, das nicht nur die gesetzlichen Voraussetzungen, sondern auch den Auf-

und Ausbau der nötigen Infrastruktur umfasst. Jens Böhrnsen: „Dem Ausbau der Offshore-Windenergie kommt eine überragende Bedeutung für die Bewältigung des Systemwechsels in der Energiepolitik zu. Verbunden sind damit auch erhebliche Chancen für den norddeutschen Raum, insbesondere auch für die Metropolregion im Nordwesten und für Bremerhaven.“ Olaf Scholz: „Zügig muss sich auch der Ausbau der Netze gestalten, damit wir den in Norddeutschland produzierten Strom auch in die Zentren des Südens transportieren können.“

Neben den Energie- und Verkehrsthemen befassten sich die beiden hanseatischen Regierungschefs auch mit der Situation den Folgen der sozial- und arbeitsmarktpolitischen Beschlüsse der schwarz-gelben Bundesregierung. Beide begrüßten die Möglichkeiten, mit dem von den Ländern und dem Bund im Vermittlungsausschuss beschlossenen Bildungs- und Teilhabepaket, konkrete Hilfen für die Kinder in armen Familien anzubieten. Nachdrücklich wiesen sie aber auch auf die negativen Folgen der deutlichen Kürzung der Beschäftigungsförderung hin. Nur mit großen eigenen Anstrengungen können die schlimmsten Auswirkungen auf die Arbeitslosen, die Beschäftigungsträger und die am stärksten betroffenen Stadtteile abgemildert werden. Jens Böhrnsen: „Bremen und Hamburg stehen beide vor der schwierigen Aufgabe, das Ausgrenzen und Abhängen ganzer Stadtteile zu verhindern. Das geht nur mit klarer Schwerpunktsetzung. Dafür müssen wir aber auch die notwendigen Mittel zur Verfügung haben.“ Die kürzlich vom Bund beschlossene Kürzung von Städtebauförderungsmitteln sei das falsche Signal.

Rückfragen:

Christoph Holstein

Senatssprecher

Tel.: 040 / 428 31 22 41

Mobil: 0170 / 288 18 09

E-Fax: 040 / 4279 15 143

Mail: Christoph.Holstein@sk.hamburg.de

07.04.2011/fb07

Schulbau Hamburg ordnet vorübergehende Schließung von Gebäudeteilen der G10 – Gewerbeschule Energietechnik an

Bauschäden am denkmalgeschützten Altbau machen Sicherungsmaßnahmen erforderlich

Das Gebäude der Gewerbeschule Energietechnik (G 10) wird von SBH | Schulbau Hamburg seit der Übernahme in das Sondervermögen wegen seit Jahren bekannten Bauschäden routinemäßig überwacht. Im Rahmen dieser Überwachung wurde in dieser Woche die Revision eines Gutachtens zur Standsicherheit aus dem Jahr 2010 veranlasst. Die Revision hat ergeben, dass die Lastreserven in Teilen des Gebäudes erschöpft sind. Zur provisorischen Wiederherstellung der Lastreserven sollen jetzt unverzüglich Sicherungsmaßnahmen durchgeführt werden.

Vorsorglich werden die dreigeschossigen Gebäudeteile deshalb ab dem 8. April für den Unterricht gesperrt, bis die Sicherungsmaßnahmen an diesen beiden Gebäudeteilen umgesetzt sind.

Die im Vorfeld einer Grundsanierung ohnehin geplanten Verstärkungsmaßnahmen zur Verbesserung der Tragfähigkeit der Gebäudekonstruktion an diesen zwei (von sechs) Gebäudeteilen werden zeitlich vorgezogen. Mit der Umsetzung dieser Maßnahmen wird am 11. April begonnen. Nach den diesjährigen Osterferien werden weite Teile der jetzt gesperrten Bereiche wieder zur Verfügung stehen.

Gemeinsam mit dem HIBB und der Schulleitung wird ein Ablaufplan für die Sicherungsmaßnahmen am Gebäude erstellt, der entsprechend den Bedürfnissen und Prioritäten der Schule die Nutzbarkeit aller Räume der Schule möglichst zeitnah wieder herstellt. Am Montag (11.04.) wird bereits mit vorbereiteten Maßnahmen zur Montage der Stützpfeiler begonnen. Der Großteil an Stützen wird dann entsprechend dem Prioritätenplan voraussichtlich in den Osterferien aufgestellt.

Es ist geplant, dass nach den Osterferien bereits wieder Schulbetrieb in weiten Teilen der betroffenen Gebäudeteile stattfinden kann, so dass auch dort befindliche Fachräume, die für Prüfungen im Mai benötigt werden, wieder zur Verfügung stehen.

Die Sicherungsmaßnahmen sind zwischen SBH | Schulbau Hamburg, der Behörde für Schule und Berufsbildung, der Schulleitung und dem Bezirk abgestimmt worden.

Hintergrund:

Bei dem Schulgebäude handelt es sich um einen ca. 80 Jahre alten denkmalgeschützten Altbau (Architekt: Gustav Oelsner), der aus mehreren Gebäudeteilen besteht und später durch einen Theatersaal ergänzt wurde. Die Gebäude sind oberirdisch teils drei-, teils sechsgeschossig. Im Rahmen der Planung von Vorbereitungsmaßnahmen für eine anstehende Grundsanierung wurde die Statik des Gebäudes jetzt erneut durch Fachingenieure begutachtet. Die Untersuchung, die separat für jedes Ge-

bäudeteil durchgeführt wurde, führte nun zu einer veränderten Bewertung des Gebäudezustands durch den beauftragten Gutachter, so dass die o.g. Maßnahmen getroffen wurden. Als Ergebnis des Gutachtens wurden sofortige Sicherheitsmaßnahmen im dreigeschossigen Gebäudebereich vorgeschlagen. Die Durchführung von weiteren vorgesehenen Verstärkungsmaßnahmen kann im Sommer wie geplant durchgeführt werden.

Rückfragen:

Pressestelle der Finanzbehörde, Daniel Stricker
Telefon (040) 428 23 - 1662, Telefax (040) 4279 23 - 556
E-Mail: daniel.stricker@fb.hamburg.de

05.04.2011/bsu05

Sanierung des Elbtunnels nach Brandunfall 4. Röhre ab 14. April 2011 wieder geöffnet

Nach einem LKW-Brand am 31.3.2011 in der 4. Röhre des Elbtunnels sind die Reinigungs- und Reparaturarbeiten am Tunnelbauwerk und den elektrischen Einrichtungen angelaufen. Sie dauern voraussichtlich bis Donnerstag, den 14. April um 5 Uhr. Danach soll die 4. Röhre für den Verkehr wieder frei gegeben werden.

Es sind keine statisch relevanten Schäden an der Tunnelkonstruktion entstanden. Durch das Feuer sind die Fahrbahn, die Beton-Seitenwände und die Brandschutzplatten der Tunneldecke beschädigt worden, ebenso die gesamte Elektroinstallation auf einer Länge von 50 Metern. Die Entrauchungsanlage muss gereinigt werden.

Andreas Rieckhof, Staatsrat der Behörde für Wirtschaft und Arbeit: "Der hohe bauliche und organisatorische Standard bei der Tunnelsicherheit hat sich bei diesem Unfall eindrucksvoll bewährt. Mit 120 Mio. Euro investiert der Bund viel in die Nachrüstung der alten Tunnelröhren, es ist aber gut angelegtes Geld im Hinblick auf die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer."

Hans-Jochen Hinz, Geschäftsführer beim Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer: „Der routinierte Einsatz der Tunnelfeuerwehr und der Kollegen der Tunnelbetriebszentrale sowie die leistungsfähigen technischen Einrichtungen haben es ermöglicht, den Brand innerhalb kürzester Zeit zu beherrschen.“

Die sicherheitstechnische Nachrüstung der über 35 Jahre alten Elbtunnelröhren 1 bis 3 läuft seit 2009. Im November 2010 konnte die Röhre 2 mit den neuen Sicherheitsstandards für den Verkehr frei gegeben werden. Derzeit laufen die Arbeiten in Röhre 3, voraussichtlich noch bis Ende 2011. Im Anschluss folgen die Baumaßnahmen in Röhre 1, die voraussichtlich im Herbst 2012 abgeschlossen werden. Die Nachrüstung umfasst im Wesentlichen die Verbesserung von Fluchtwegen und Notausgängen, der Lüftungssysteme und des baulichen Brandschutzes. Notrufnischen werden modernisiert und mit benutzerfreundlicher Bedienung ausgerüstet, Lautsprechersysteme und Fluchtwegkennzeichnungen an den Tunnelwänden werden erneuert.

Rückfragen:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Pressestelle
Tel. 040 / 42 840-2058, helma.krstanoski@bsu.hamburg.de
www.hamburg.de/bsu

Bauprogramm für Straßen und Brücken im Hafen wird fortgesetzt

Hamburg, 05. April 2011 – Rund 20 Millionen Euro investiert die Hamburg Port Authority (HPA) in diesem Jahr in die Instandsetzung des bestehenden Verkehrsnetzes im Hafen. Darüber hinaus wird der Neubau der Niedernfelder- und Muggenburger Brücken Mitte des Jahres abgeschlossen, gleichzeitig wird die neue Retheklappbrücke weiter vorangetrieben. Um für eine Verbesserung des Verkehrsflusses zu sorgen, geht in den kommenden Monaten ein Verkehrsmanagementsystem im Hafen in Betrieb. Die Baumaßnahmen sind zeitlich aufeinander abgestimmt, um Verkehrsbehinderungen so gering wie möglich zu halten. Wolfgang Hurtienne, Geschäftsführer der HPA, stellte heute das Bauprogramm 2011 vor.

Die HPA ist für 124 Kilometer Straßennetz inklusive 80 Straßen- und Fußgängerbrücken, Tunnel, Verkehrszeichenbrücken und fünf bewegliche Brücken verantwortlich. Auf der Haupthafenroute sind täglich rund 33000 Kraftfahrzeuge unterwegs, davon entfallen ca. 36 Prozent auf den Schwerlastverkehr. Die hohe Beanspruchung der Infrastruktur zieht einen entsprechenden Aufwand bei Instandsetzung und Unterhalt nach sich. Das diesjährige Bauprogramm hat mit 20 Millionen Euro die gleiche Größenordnung wie das des vergangenen Jahres. Die wichtigsten Maßnahmen im Überblick:

Port Road Management:

Mit dem Einbau von Verkehrsdetektoren im gesamten Hafenstraßennetz wurde im vergangenen Jahr die Voraussetzung für ein effektives Verkehrsmanagement im Hafen geschaffen. Rund neue 100 Induktionsschleifen, 31 Videodetektoren, ein Gewichtsdetektor (Weight in Motion) auf der Köhlbrandbrücke, 14 Bluetoothdetektoren, und 4 Videokameras erfassen den Verkehrsfluss auf der Haupthafenroute. Über 14 Kilometer Lichtwellenleiter werden die Daten in das Port Road Management Center übertragen, wo sie ausgewertet und in Hinweise für Verkehrsteilnehmer auf voll digitalen Verkehrsinformationstafeln „übersetzt“ werden. Derzeit wird das neue System im Schattenbetrieb erprobt. Ein offener Testbetrieb wird ab Sommer laufen. Dieses System wird im Rahmen des Bundeskonjunkturprogramms umgesetzt (4,25 Millionen Euro) und ist ein erster Baustein des Masterplans Straßenverkehr Hafen Hamburg.

Instandsetzungsarbeiten an der Köhlbrandbrücke

Schlüsselstellen im Hafen sind die besonders beanspruchten Brücken. Die umfangreichen Grundinstandsetzungsarbeiten an der Köhlbrandbrücke werden fortgesetzt. An der gut einen Kilometer langen Westrampe müssen – wie vergangenes Jahr an der Ostrampe - Schadstellen an den Spannbetonüberbauten ausgebessert werden. Der Betrieb des bereits umgesetzten Fahrgerüsts erfordert eine Sperrung der jeweils rechten Fahrstreifen im Bereich der Wanderbaustelle auf einer Länge von 150 Metern. An der Ostrampe sind zudem die Mittelkappen, Schutzplanken und Lichtmasten an der Reihe. Die Verkehrsbehinderungen werden bis Spätherbst andauern, besonders kritische Maßnahmen sind in den Sommerferien eingeplant. Nachts wird die Sperrung von Fahrbahnen aufgehoben, so dass Groß- und Schwerrraumtransporte passieren können.

Ellerholzbrücken/Peutebrücke:

Im weiteren Verlauf der Haupthafenroute ist mit Behinderungen an den 2. Ellerholzbrücken zu rechnen. Ab Samstag, 9. April, bis Ende Juni, werden hier im Zweischichtbetrieb montags bis samstags die

Fahrbahnen erneuert. Der Verkehr läuft in dieser Zeit einspurig pro Fahrtrichtung über die 1. Ellerholzbrücke. Ebenfalls einen neuen Fahrbahnbelag erhält von April bis Juni die 2. Peuter Brücke

Brückenneubauten:

Freie Fahrt gibt es noch in diesem Sommer an den Niedernfelder Brücken. Die insgesamt vier Brücken sind bereits eingeschoben. Im Juni soll hier der Straßenverkehr wieder vierspurig laufen. Zur gleichen Zeit werden auch die Müggenburger Eisenbahnbrücken fertig. Für dieses Gesamtpaket entstanden Kosten in Höhe von rund 40 Millionen Euro.

Planmäßig voran geht der Neubau der Rethebrücke. Die neue Anbindung Blumensand-Hohe Schaar und eine 190 Meter lange Straßenbrücke lösen künftig die bisherigen Kreuzungen mit der Hafensbahn auf. Die ersten Arbeiten an der Klappbrücke stehen im Sommer an.

Neubau Radweg St. Pauli Elbtunnel – Wilhelmsburg:

Im Auftrag der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt baut die Hamburg Port Authority einen neuen Radweg vom St- Pauli Elbtunnel bis zur Ernt-August-Schleuse in Wilhelmsburg. Aufwendigster Teil ist eine Rampenkonstruktion, die an die Klütjenfelder Hochstraße angebracht wurde. Sie entschärft den problematischsten Teil der Radverbindung, da an dieser Stelle die Fahrräder über eine Treppe transportiert werden mussten. Bis Ende des Jahres werden die Anschlüsse entlang des Reiherdamms und der Klütjenfelder Straße gebaut.

Straßen:

Die Grundinstandsetzung der Peuter Straße auf 1,5 Kilometern erfolgt dreispurig, wovon eine Mehrzweckspur als Parkstreifen dienen kann. Zusätzlich baut die HPA an der Südseite einen neuen Geh- und Radweg. Einschränkungen für den Verkehr gibt es wegen der Baumaßnahme bis Ende November durch eine Einbahnstraßenregelung Richtung Osten über den Müggenburger Hauptdeich. Ebenfalls instand gesetzt wird die Antwerpenstraße auf 1.400 Metern Länge bis zum Köhlfleetdamm. Einschränkungen für den Verkehr: ab April bis Ende des Jahres Blockverkehr mit Baustellenampel. Auch die Kreuzung Altenwerder Hauptdeich/Truckertreff und der Kurvenbereich Am Ballinkai werden erneuert. Hier ist wegen Deckwerksarbeiten in einigen Wochen, aber überwiegend an Wochenenden mit Behinderungen zu rechnen ebenso wie an der Neuhöfer Brückenstraße/ Alter Rethedamm und Auf der Hohen Schaar.

Hamburg Port Authority

Die Hamburg Port Authority betreibt seit 2005 ein zukunftsorientiertes Hafenmanagement aus einer Hand. Als Anstalt öffentlichen Rechts ist die HPA verantwortlich für die effiziente, Ressourcen schonende und nachhaltige Vorbereitung und Durchführung von Infrastrukturmaßnahmen im Hafen. Die HPA ist Ansprechpartner für alle Fragen der wasser- und landseitigen Infrastruktur, der Sicherheit des Schiffsverkehrs, der Hafenanlagen, des Immobilienmanagements und der wirtschaftlichen Bedingungen im Hafen. Dazu stellt die HPA die erforderlichen Flächen bereit und übernimmt alle hoheitlichen Aufgaben und hafenwirtschaftlichen Dienstleistungen. www.hamburg-port-authority.de

Pressekontakt: HPA Hamburg Port Authority | Pressestelle | Tel.: +49 40 42847-2300 | pressestelle@hpa.hamburg.de

7. April 2011/bsb07

Trotz Anmelderekord: Jedes Kind erhält einen Vorschulplatz **Nächstes Schuljahr erstmals bedarfsgerechte Einrichtung von Vorschulklassen**

Im Schuljahr 2011/12 erhält erstmalig jedes Kind, das von seinen Eltern angemeldet wurde, einen Platz in einer Vorschulklasse. Für das Schuljahr 2011/12 wurden 8030 Kinder angemeldet. Insgesamt richtet die Behörde für sie 392 Vorschulklassen ein. Dies sind 43 Klassen mehr als im laufenden Schuljahr 2010/11.

Bildungssenator Ties Rabe: „In den Vorschulklassen werden die Kinder optimal auf den Besuch der Grundschule vorbereitet. Der Senat und ich haben uns daher entschieden, trotz des Anmelderekords allen Familien diese Möglichkeit zu geben und die Maßnahmen dafür zu treffen, dass jedes Kind einen Platz erhält.“

Die Zahl der Anmeldungen für den Besuch einer Vorschulklasse ist in den vergangenen Jahren stetig angestiegen. Für das aktuelle Schuljahr waren 7559 Kinder angemeldet worden, im Jahr davor 6825. In den weitaus meisten Fällen erhalten die Eltern einen Platz an ihrer Wunschsule. Wo dies nicht möglich sein sollte, bietet die Behörde für Schule und Berufsbildung einen Platz an einer anderen, nahe gelegenen Grundschule an. Der Richtwert für die Klassengröße beträgt 19 Kinder an Schulen mit Sozialindex 1 und 2 sowie 23 Kinder an Schulen mit Sozialindex 3 bis 6.

An vielen Schulen sind ausreichende Raumkapazitäten für die Einrichtung der Vorschulklassen vorhanden. An neun Standorten werden zusätzlich mobile Klassenräume als Übergangslösung aufgestellt. Bei Ausbaumaßnahmen oder Neubauten an Grundschulen soll zukünftig der Raumbedarf für Vorschulklassen mit berücksichtigt werden.

Viele Eltern wurden bereits Anfang des Jahres von den Schulen benachrichtigt, dass ihr Kind einen Platz an der Wunschsule hat. Alle anderen Eltern erhielten einen Zwischenbescheid darüber, dass die Organisation zur Einrichtung von weiteren regionalen Vorschulklassen noch andauere. In Kürze erhalten auch diese Eltern Bescheid, dass und an welcher Schule ihr Kind einen Platz bekommen kann.

Ob ein Kind einen Platz an der Wunschsule der Eltern erhält, entscheidet sich nach fast den gleichen Kriterien, die auch für die 1. Klasse der Grundschule angewendet werden. Dies sind zunächst Härtefälle und Kinder, die dringend Deutsch lernen müssen, um im darauffolgenden Jahr erfolgreich im Unterricht mitarbeiten zu können. Danach folgen Schülerinnen und Schüler, die Geschwister haben, welche bereits die gewünschte Grundschule besuchen und im Fall der Aufnahme des Kindes im Schul-

jahr auch an der Schule verbleiben. Das folgende Kriterium ist die Schulweglänge (Entfernung zwischen Wohnort und Schule).

Die ersten Vorschulklassen wurden in Hamburg 1970 eingerichtet. Als Einrichtung der Grundschule bereiten sie die Kinder im Jahr vor der Einschulung auf eine erfolgreiche Teilnahme am Unterricht vor und arbeiten daher eng mit dem Grundschulkollegium zusammen. Geleitet werden die Vorschulklassen von akademisch ausgebildeten Sozialpädagoginnen und Pädagogen. Ihr besonderer Fokus liegt auf der

Sprachentwicklung der Kinder. Bei erhöhtem Förderbedarf werden diese durch eine gezielte diagnosegestützte Sprachförderung auf die späteren Anforderungen der Schule vorbereitet.

Für Rückfragen der Medien:

Pressestelle der
Behörde für Schule und Berufsbildung
Tel: (040) 4 28 63 – 2003

7. April 2011/bsg07

Kita wieder bis zum 14. Geburtstag möglich

Ab sofort gilt eine Übergangsregelung, die die Lücke bis zur Wiedereinführung des verlängerten Rechtsanspruches auf Hortbetreuung schließt

Ab August sollen auch 12- und 13-jährige Kinder wieder eine Kita besuchen können, wenn ihre Eltern berufstätig sind. Das ist die aktuelle Planung des Senats und bedeutet die Rücknahme der seit Mitte letzten Jahres geltenden Regelung, die die öffentliche Förderung auf den 12. Geburtstag beziehungsweise den Abschluss der sechsten Klasse beschränkte. Damit Kinder, die momentan im Hort betreut werden, aber in Kürze 13 Jahre alt werden oder von der 6. in die 7. Klasse wechseln, nun nicht für kurze Zeit die Kita verlassen müssen, soll die Hortbetreuung ab sofort wieder bis zum 14. Geburtstag bewilligt werden.

„Dadurch wird im Sinne der Kinder gehandelt, denn ihre Betreuungs- und Bildungskontinuität bleibt erhalten. Irritationen bei den Kita-Trägern werden vermieden und für die Eltern ist es ein deutliches Signal für eine verlässliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, so **Sozialsenator Detlef Scheele**.

Der neue Senat kehrt damit zu einer bewährten Regelung zurück, die einen bundesweit üblichen Maßstab zur Altersabgrenzung darstellt und in Hamburg bis Mitte letzten Jahres durchgehend eine feste Orientierungsgröße darstellte.

Der offiziellen Wiedereinführung des Rechtsanspruches auf Hortbetreuung bis 14 Jahre zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf zum August muss die Bürgerschaft noch zustimmen. Die Übergangsregelung gilt auf Antrag der Eltern ab sofort, aber nicht für zurückliegende Monate. Sie bezieht auch diejenigen Kinder mit ein, die durch die Verkürzung des Rechtsanspruches den Hort in den vergangenen Monaten verlassen mussten, und solche Kinder, die unter die künftig anspruchsberechtigten fallen und neu in einen Hort aufgenommen werden sollen.

Mehr Informationen zum Thema Kindertagesbetreuung gibt es im Internet: www.hamburg.de/kita

Für Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Julia Seifert
Tel.: 42863-28 89, Fax: 42863-38 49
E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de;
Internet: www.hamburg.de/bsg/

4. April 2011/bsg04

Wenig Lebensmitteleinfuhren aus Japan erwartet – aber diese werden genau kontrolliert

**Gesundheitsbehörde kontrolliert alle Lebensmittelimporte –
Lieferungen aus Japan unter besonderem Fokus**

Seit den dramatischen Vorfällen in Japan sind bislang in Hamburg keine Container mit Lebensmitteln eingegangen. Japan zählt nicht zu den klassischen Agrarexportländern. So sind bei tierischen Lebensmitteln aus Japan ohnehin nur Einfuhren von Fischereierzeugnissen, lebenden Muscheln und verarbeiteten Därmen zugelassen. Über das Veterinäramt Grenzdienst der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz wurden im vergangenen Jahr lediglich sechs Lebensmittel-Sendungen aus Japan abgefertigt, im Vergleich zu rund 35.000 Sendungen aus anderen Drittländern.

„Der Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher in Hamburg vor eventuell radioaktiv belasteten Lebensmitteln aus Japan ist gewährleistet“, so **Cornelia Prüfer-Storcks, Senatorin für Gesundheit und Verbraucherschutz**. „Vom Veterinäramt Grenzdienst werden regelhaft alle tierischen Lebensmittel aus Drittländern kontrolliert, aber auch bestimmte Lebensmittel pflanzlichen Ursprungs. Prüfungen auf Radioaktivität stellen uns nicht vor Probleme, da seit dem Unglück von Tschernobyl die erforderlichen technischen Möglichkeiten aufgebaut und entsprechende Kontrollen durchgeführt wurden.“

Zur Sicherheit der Verbraucherinnen und Verbraucher hat die EU eine Verordnung in Kraft gesetzt, die spezielle Kontrollen für alle Lebens- und Futtermittel aus Japan vorsieht. Sie müssen dazu bereits zwei Tage vor Eintreffen in Hamburg angemeldet werden. Im Rahmen der Kontrollen wird überprüft, ob die vorgeschriebene japanische Bescheinigung vorliegt, die bestätigt, dass bereits eine Untersuchung auf eine eventuelle radioaktive Belastung der Waren stattgefunden hat und dass bestehende EU-Grenzwerte eingehalten werden. Darüber hinaus werden eventuelle Lebens- und Futtermittelimporte in Hamburg nochmals kontrolliert und Stichproben im Labor chemisch analysiert. Schiffe, die Hamburg aus Japan anlaufen, haben zudem zuvor meist andere Häfen passiert, z.B. Hongkong oder Rotterdam, und wurden bereits dort auf eine mögliche radioaktive Belastung geprüft.

Für Unsicherheit bei Verbrauchern sorgte, dass diese EU-Verordnung höhere Grenzwerte als die sogenannte Tschernobyl-Verordnung für Lebens- und Futtermittel aus Japan erlaubt. „Es ist aus meiner Sicht ein fachlich falsches Signal, wenn jetzt höhere Grenzwerte festgelegt werden, auch wenn diese gesundheitlich noch vertretbar sind“, so Prüfer-Storcks. „Diese höheren Grenzwerte sollen dazu die-

nen, die Bevölkerung auch nach einem Störfall ausreichend mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Ein Versorgungsengpass der Bevölkerung in Europa ist aber schon allein in Hinblick auf die geringen Importmengen aus Japan in keinster Weise zu befürchten. Deshalb ist es aus Hamburger Sicht nicht verständlich, warum die EU diese Verordnung so erlassen hat.“

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Rico Schmidt; Tel.: 42863-34 78, Fax: 42863-38 49
E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bsg

7. April 2011/bsg07a

Mehr Einfluss bei der Verteilung von Arztsitzen Bund-Länder-Kommission stärkt Gestaltungsmöglichkeiten der Länder

Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks hat Hamburg gestern in der der Kommissionssitzung zur Sicherstellung der ärztlichen Versorgung in Deutschland vertreten. Die Gesundheitsministerinnen und -minister bzw. die Senatorinnen und Senatoren der Länder haben beim Treffen mit Bundesminister Dr. Philipp Rösler in Berlin Eckpunkte vereinbart, um eine wohnortnahe qualitativ hochwertige Versorgung zu gewährleisten und die regionalen Gestaltungsmöglichkeiten zu stärken. Das erzielte Ergebnis soll nun in ein Versorgungsgesetz einfließen.

„Das Treffen mit seinem Ergebnis bedeutet für die Patientinnen und Patienten in Hamburg einen deutlichen Fortschritt“, so Gesundheitssenatorin Prüfer-Storcks. „Die Beschlüsse öffnen den Ländern im Zusammenspiel mit den zuständigen Gremien Wege, um Arztsitze in Stadtteile zu verlegen, in denen sie tatsächlich gebraucht werden. Dazu ist es notwendig, dass die regionale Bedarfsplanung zukünftig mehr Möglichkeiten erhält. Dies war mir sehr wichtig. Der erste Schritt dazu ist uns im gemeinsamen Beschluss jetzt gelungen. Nun gilt es, diesen Beschluss auch möglichst schnell umzusetzen.“

Für Hamburgerinnen und Hamburger bedeutet das Ergebnis, dass für die Metropolregion weiterhin ein differenziertes und qualitativ ärztliches Versorgungsangebot erhalten bleibt, zugleich aber auch ein ärztliches Versorgungsangebot erreicht werden kann, das besser auf die Erfordernisse der jeweiligen Stadtteile, mit z.B. mehr älteren Menschen oder mit mehr Kindern, ausgerichtet ist.

Die Eckpunkte des gestrigen Beschlusses, die die Initiative der Gesundheitsministerkonferenz vom Juli 2010 weitgehend umsetzen, sehen im Detail erweiterte Mitgestaltungs- und Mitwirkungsrechte der Länder vor, die dazu beitragen, dass die Länder zukünftig besser zusammen mit der Selbstverwaltung der Ärzte und Krankenkassen ein sowohl qualitatives als auch an dem jeweiligen regionalen Bedarf der Bevölkerung ausgerichtetes ärztliches Versorgungsangebot gewährleisten können. Hierzu gehören die neuen Beteiligungsrechte der Länder auf der Bundesebene im Gemeinsamen Bundesausschuss und in den Landesausschüssen sowie die erweiterte, flexibler ausgerichtete regionale Bedarfsplanung. Damit wird es möglich, das ärztliche Versorgungsangebot zukünftig kleinräumiger an regionale Besonderheiten anzupassen. Auch die ebenfalls vorgesehenen Maßnahmen zur Stärkung der Allgemeinmedizin bereits im Studium und bei der späteren Niederlassung tragen dazu bei, die Versorgung mit Hausärzten langfristig zu verbessern. Durch beispielsweise bessere Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll die Attraktivität des Arztberufs gesteigert werden.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Rico Schmidt; Tel.: 42863-34 78, Fax: 42863-38 49

E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bsg

08.04.2011/bkm08

Hamburger Wettbewerb für innovative Geschäftsmodelle im digitalen Musikmarkt

Behörde für Kultur und Medien startet mit „Music Works“

Die Behörde für Kultur und Medien startet gemeinsam mit der Hamburg Kreativ Gesellschaft einen Wettbewerb für neue Ideen im digitalen Musikmarkt. Mit der Ausschreibung zu „Music Works“ sucht die Behörde innovative Geschäftsmodelle, die auf einer Verbindung von Musik und digitaler Technologie beruhen. Die Preisgelder in Höhe von bis zu 25.000 Euro sollen den Realisierungen dieser Geschäftsmodelle zukommen. Daneben haben die Preisträger die Möglichkeit, sich bei der Umsetzung von Mentoren aus der Musikwirtschaft beraten zu lassen.

In den letzten Jahren haben strukturelle Veränderungen, vor allem die rasante technische Entwicklung und die fortschreitende Digitalisierung die Musikbranche vor große Herausforderungen gestellt. Die Musikwirtschaft, die von allen kreativwirtschaftlichen Branchen zuerst und am heftigsten von den Herausforderungen der Digitalisierung betroffen war, nutzt ihre Chancen. Aktuelle Zahlen belegen, dass die Musikwirtschaft in Hamburg (und weltweit) wieder wächst.

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler: „Mit dem Wettbewerb „Music Works“ für innovative Geschäftsmodelle im digitalen Musikmarkt stimulieren wir nun auch die Schnittstelle der Musik zur technologischen Innovation, die eine zentrale Bedeutung für die Zukunft auch der Hamburger Musikwirtschaft hat.“

Wer kann sich bewerben?

Bewerben können sich alle Akteure des Hamburger Musiklebens, die ihre eingereichten Konzepte anschließend auch umsetzen können und in Hamburg ansässig sind. Allen Bewerbern steht die Möglichkeit offen, sich im Bewerbungsverfahren von der Hamburg Kreativ Gesellschaft qualifizierend unterstützen zu lassen. Die Geheimhaltung der Geschäftsideen wird während des Bewerbungsverfahrens selbstverständlich sichergestellt.

Einsendeschluss für die Bewerbungen ist der 15. Mai 2011.

Weitere Informationen für Interessierte: www.hamburg.de/musicworks

Für Rückfragen:

Karl Olaf Petters
Pressestelle der Behörde für Kultur und Medien
040 / 42824 – 325
pressestelle@bkm.hamburg.de

Jenny Kornmacher
Hamburg Kreativ Gesellschaft
040 / 87 97 986 – 10
jenny.kornmacher@kreativgesellschaft.org

8. April 2011 / bis08

Shemoves – Tanzcontest 2011

Eure Choreografie auf die Bühne – jetzt bewerben!

Der Shemoves-Tanzcontest geht in eine neue Runde!

Nach dem erfolgreichen Start im vergangenen Jahr können sich Mädchen und junge Frauen ab sofort wieder mit ihrer Choreografie bewerben und erhalten damit die Chance, am Shemoves-Tanzcontest 2011 teilzunehmen.

Der Shemoves-Tanzcontest wurde erstmalig in 2010 zum Onlinestart der Website www.shemoves.hamburg.de ausgeschrieben und fand seinen Höhepunkt im Live-Contest-Finale auf dem Internationalen Festival der Straßenkünste Hamburg – STAMP (**Street Arts Melting Pot**).

Auch in diesem Jahr sind Mädchen und junge Frauen ab 14 Jahren aufgerufen, allein, zu zweit oder in einer größeren Gruppe eine Tanz- oder Kampfkunstchoreografie zu entwerfen, diese zu performen und das Ganze auf einem Video festzuhalten. Dabei gibt es keinerlei Einschränkungen – von Hip Hop, Nustyle und Breakdance über Musical Dance bis hin zu Ballett oder auch Karate- und Capoeira-Choreographien – alles ist erlaubt.

Alle bis zum 10. August 2011 eingesandten Beiträge werden durch eine Jury bewertet und die besten zum Live-Contest-Finale Anfang September 2011 auf dem STAMP-Festival eingeladen. Den ersten drei Gewinnern winken Preisgelder von insgesamt 2.000 Euro.

Neu in diesem Jahr sind die Shemoves-Tanzkurse – hier bieten zahlreiche Sportanbieter in verschiedenen Stadtteilen Hamburgs interessierten Teilnehmerinnen die Möglichkeit, sich gezielt auf den Shemoves-Contest vorzubereiten. Wer also noch keiner festen Tanzgruppe angeschlossen ist, aber gerne am Contest teilnehmen möchte, kann sich bei den einzelnen Sportanbietern melden und an einem neu eingerichteten Kurs teilnehmen oder zu einer bereits bestehenden Formation hinzustoßen.

Die Angebote sind auf der Shemoves-Internetseite unter www.shemoves.hamburg.de im Bereich „Contest“ zu finden.

Shemoves ist eine Initiative der Freien und Hansestadt Hamburg. Das Internetportal bietet eine Übersicht über Sport- und Bewegungsangebote für Mädchen und junge Frauen in ganz Hamburg. Hier findet man Angebote von Sportvereinen, Fitness-Studios, Stadtteilkulturzentren, Tanz- und Kampfsport-

schulen in einer übersichtlichen Datenbank, in der nach Stadtteil und Angebotsform recherchiert werden kann.

Druckfähiges Bildmaterial können Sie im Internet auf der Seite www.shemoves.hamburg.de unter der Rubrik Projektinformationen herunterladen.

Rückfragen:

Behörde für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Frank Reschreiter und Ralf Kunz, Tel. 040 – 42839-2673 u. -2678,

E-Mail: pressestelle@bis.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde

Terminkalender

Vom 11. April bis 17. April 2011

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

Montag, den 11.04.2011

- 09:30** Volkmar-Hertrich-Haus, Alsterdorfer Markt 16
Senator Detlef Scheele spricht ein Grußwort beim **5. Kongress der Landesarbeitsgemeinschaft der Werkstätten für behinderte Menschen Hamburg**.
- 16:00** Rathaus, Bürgermeistersaal
Senatorin Prof. Barbara Kisseler spricht ein Grußwort beim Senatsempfang anlässlich der **Ausstellungseröffnung der „HipHop Academy“**.
- 18:30** MS Cap San Diego
Bürgermeister Olaf Scholz hält im Rahmen des diesjährigen **Admiralitätsessens der Stiftung Hamburger Admiralität** ein Grußwort.

Dienstag, den 12.04.2011

- 11:00** Carpsenweg 19
Staatsrat Michael Sachs spricht beim **Richtfest für die Wohnanlage Rübenkamp**.
- 12:00** Olympiastützpunkt Hamburg/ Schleswig-Holstein, Am Dulsbergbad 5
Senator Michael Neumann informiert sich über die **Abriss- und Neubauarbeiten der Schwimmhalle im Sportpark Dulsberg**.

Mittwoch, den 13.04.2011

- 10:00** Empire Riverside, Bernhard-Nocht-Str. 97
Senator Frank Horch spricht ein Grußwort anlässlich des **Praxisforums „Green Shipping“**.
- 11:00** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Bürgermeister Olaf Scholz empfängt den **Botschafter Kanadas, Dr. Peter Boehm**, zum Gespräch.
- 17:00** TUHH, Denickestr. 22
Staatsrat Dr. Bernd Egert nimmt teil am **Festakt anlässlich des Wechsels des Präsidenten der TUHH**.
- 18:00** Handwerkskammer Hamburg
Bürgermeister Olaf Scholz hält ein Grußwort bei der ordentlichen **Kammerversammlung der Rechtsanwaltskammer**.
- 19:00** TU Harburg
Staatsrat Michael Sachs spricht anlässlich der **Jahreshauptversammlung des Grundeigentümergeverbandes Harburg, Wilhelmsburg, Finkenwerder**.
- 20:00** Berlin, Landesvertretung
Staatsrat Wolfgang Schmidt hält ein Grußwort anlässlich des **Parlamentarischen Abends zum Thema „Binnenschifffahrt Elbe Oder“**, zu dem die Handelskammer

Hamburg einlädt.

Donnerstag, den 14.04.2011

- 12:20** Rathaus, Phönixsaal, Kaisersaal
Bürgermeister Olaf Scholz empfängt den **Parteisekretär der KP China in Shanghai, Yu Zhengsheng**, aus Anlass des 25. Jubiläums der Städtepartnerschaft zwischen Hamburg und Shanghai. Der Parteisekretär trägt sich auch ins Goldene Buch der Stadt ein.
- 20:00** Internationales Maritimes Museum Hamburg, Koreastraße 1
Senatorin Prof. Barbara Kisseler spricht ein Grußwort anlässlich des **Empfangs des „Kulturausschusses Deutscher Städtetag (DTS)“**.

Freitag, den 15.04.2011

- 09:30** Berlin, Bundesrat
Senatorin Jana Schiedek und Staatsrat Wolfgang Schmidt nehmen an der **882. Plenarsitzung des Bundesrates** teil.
- 10:00** InterCity Hotel Bahnhof Altona, Paul-Neumann-Platz 17
Senatorin Jutta Blankau **stellt den Inhalt und das Konzept des Zuges der Ideen im Rahmen der Umwelthauptstadt Europas 2011 vor**.
- Staatsrat Holger Lange nimmt teil.
- 11:00** Bahnhof Altona, Gleis 12
Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht ein Grußwort anlässlich **der Ausstellungseröffnung des „Zuges der Ideen“ im Rahmen der „Umwelthauptstadt auf Tour“**. Der Schauspieler Peter Lohmeyer wird die Zugtaufe durchführen.
- Staatsrat Andreas Rieckhof nimmt teil.
- 17:00** Rathaus, Großer Festsaal
Integrationssenator Detlef Scheele begrüßt die Teilnehmer der **11. Einbürgerungsfeier** und übergibt Urkunden an kürzlich Eingebürgerte.
- Staatsrat Jan Pörksen nimmt teil.

Samstag, den 16.04.2011

- 18:30** Verschiedene Museen
Senatorin Prof. Barbara Kisseler nimmt an der **VIP Tour zur „Langen Nacht der Museen“** teil.

Sonntag, den 17.04.2011

- 11:00** Laeiszhalle, Johannes-Brahms-Platz
Staatsrat Dr. Nikolas Hill besucht das **8. Philharmonische Konzert der Hamburger Philharmoniker**.
- 15:00** Am Alstervorland, Höhe Milchstraße
Staatsrat Volker Schiek spricht anlässlich der **Eröffnung des KKH-Allianz-Laufes**.
- 16:00** Deutsches Schauspielhaus, Kirchenallee 39
Senatorin Prof. Barbara Kisseler spricht ein **Grußwort beim „Hamburger Schultheater Festival“**.
- 19:00** Ohnsorg Theater, Große Bleichen 22-23
Staatsrat Dr. Nikolas Hill besucht die **Premiere der Komödie „Rutfischt“ von René Fauchois**.

